



Die Stadt Freyung im Bayerischen Wald sollte ein Verwaltungsgericht bekommen.

FOTO: DPA/ARMIN WEIGEL

Parteienstreit, Neid und Kirchturmpolitik haben ein Verwaltungsgericht für Niederbayern in Freyung verhindert

Parteipolitische Fake News schaden der Grenzregion

Wenn es einen „Donald-Trump-Preis für maximale Fake News“ gäbe, für Unwahrheiten verbreiten, Tatsachen verdrehen und Wahrheiten verschweigen, so müsste der Pokal derzeit nach Niederbayern gehen. Die Art, wie ein in der Kreisstadt Freyung als strukturpolitische Maßnahme geplantes eigenes Verwaltungsgericht (VG) für Niederbayern verhindert worden ist, beruht fast nur auf fehlenden oder bewusst falschen Informationen. Fazit: Von den Freien Wählern torpediert, von der CSU vergeigt: Fakten wurden nicht frühzeitig veröffentlicht.

Tatsache ist, dass Niederbayern als einziger Bezirk nicht nur keine Universitätsklinik, sondern auch kein eigenes Verwaltungsgericht hat: beides liegt in Regensburg. Richtig ist aber auch, dass ein VG in einer boomenden und aus allen Nähten platzenden Bezirkshauptstadt wie Landshut weder als Strukturhilfe benötigt würde noch – im Gegensatz zur Uni-Klinik – zu den dringlichen Wünschen der Bürger*innen gehört: Es wäre dort eher ein Prestigeobjekt für die Bezirkshauptstadt. In einer strukturschwachen Grenzregion dagegen mit der Kreisstadt Freyung ist ein VG mit 40 Mitarbeiter*innen ein Gewinn an qualifizierten, zum Teil akademischen Arbeitsplätzen und an Kaufkraft.

Erbitterter Streit

Darüber führen Mandatsträger der Freien Wähler derzeit in den niederbayerischen Städten Freyung, Grafenau und Landshut einen erbitterten Streit mit der CSU, der bis an die Parteispitzen und in den Landtag reicht. Die Lokalzeitungen in Landshut und im Landkreis Freyung-Grafenau (FRG) werden bombardiert mit Stellungnahmen und gegenseitigen Vorwürfen. Es geht um die Frage: Warum will die CSU das geplante VG von Regensburg nach Freyung verlagern und warum haben die

FW das im Koalitionsausschuss verhindert, um das VG in Landshut oder Grafenau neu einzurichten? Politiker*innen der Opposition kommentieren eifrig, interessieren sich aber auch kaum für Fakten.

Tatsache ist: Im Januar 2020 hat Ministerpräsident Markus Söder nach einer Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion die Verlagerung einer Reihe von Behörden wie eine verspätete Weihnachtsbescherung für strukturschwache Regionen verkündet. Alles ohne Abstimmung mit dem Koalitionspartner, weil es ja nur CSU-geführte Ressorts betroffen hat. Die Freien Wähler, die Ähnliches in ihren Ressorts machen können, haben im Koalitionsausschuss ihre im Landtag erforderliche Zustimmung für ein VG in Freyung verweigert. Dafür haben es FW-Parteifreunde für Landshut gefordert. Dort könnte FW-Chef und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger das VG in seinem Stimm-

ner Errichtung des VG in Grafenau zugestimmt. Da regiert zufällig ein FW-Bürgermeister: Alexander Mayer, der Sohn eines langjährigen CSU-Stadtrats. Überhaupt betonen Streibl, Eibl und Mayer übereinstimmend, dass sie sich „mit allem Nachdruck“ für gleichwertige Lebensverhältnisse in strukturschwachen Räumen wie dem Landkreis FRG einsetzen.

Reine Parteipolitik?

Dazu schreibt FW-Fraktionschef Streibl: „Gerade erst vergangene Woche hat Wirtschaftsminister Aiwanger in Waldkirchen, im Heimatlandkreis von Manfred Eibl, die Kompetenzstelle für Digitalisierung im Tourismus eröffnet.“ In dieser Stadt in FRG regiert zufällig auch ein Bürgermeister der Freien Wähler. Mit welchen Argumenten die FW bei ihrem Einsatz für den

waltungsgericht bleibt. Das geht allein zulasten der Freien Wähler.“

Tatsache ist: In der Kreisstadt stehen zwei geräumige Amtsgerichtsgebäude, die für das VG nur einer eher geringfügigen Erweiterung bedürfen und bereits über alle benötigten Einrichtungen verfügen. Dazu gehört auch ein Sicherheitsdienst, der pro Jahr für jedes der Gebäude 100 000 Euro kostet, sowie zwei nahegelegene Parkgaragen. Das Innenministerium kann daher kein Interesse daran haben, in Bayerns kleinstem Landkreis in einem erst umzubauenden alten Haus in Grafenau ein drittes Gerichtsgebäude neu einzurichten – und dazu einen weiteren Sicherheitsdienst für noch mal 100 000 Euro.

Das Ressort des zuständigen Innenministers Joachim Herrmann hatte daher sachliche Gründe, Teile des VG von Regensburg nur in die Stadt Freyung zu verlagern. „Im Text der CSU stand zwar nach Freyung-Grafenau, „weil die Kreisstadt halt mitten in FRG liegt“, sagt Heinrich: „Aber es war aus guten Gründen nie ein Wettbewerb beliebiger Standorte gemeint, was Innenminister Herrmann mir bestätigt hat.“

Das Ressort des zuständigen Innenministers Joachim Herrmann hatte daher sachliche Gründe, Teile des VG von Regensburg nur in die Stadt Freyung zu verlagern. „Im Text der CSU stand zwar nach Freyung-Grafenau, „weil die Kreisstadt halt mitten in FRG liegt“, sagt Heinrich: „Aber es war aus guten Gründen nie ein Wettbewerb beliebiger Standorte gemeint, was Innenminister Herrmann mir bestätigt hat.“

Das Ressort des zuständigen Innenministers Joachim Herrmann hatte daher sachliche Gründe, Teile des VG von Regensburg nur in die Stadt Freyung zu verlagern. „Im Text der CSU stand zwar nach Freyung-Grafenau, „weil die Kreisstadt halt mitten in FRG liegt“, sagt Heinrich: „Aber es war aus guten Gründen nie ein Wettbewerb beliebiger Standorte gemeint, was Innenminister Herrmann mir bestätigt hat.“

Falsch interpretiert

Nur der FW-Abgeordnete Manfred Eibl aus Perlesreut habe es ohne Nachfrage falsch interpretiert. Statt erst die Fakten zu klären, habe er Grafenaus FW-Bürgermeister Alexander Mayer aus traditionellem Neid auf die Kreisstadt zur nachträglichen Bewerbung gegen Freyung angestiftet.

Ein weiteres Argument Aiwangers, Grafenau habe eine bessere Verkehrsanbindung, spricht auch nicht gerade von Ortskenntnissen östlich von seinem Wohnort Rottenburg an der Laaber. Von da nach Grafenau oder Freyung differiert die Fahrzeit mit dem Auto je nach Tageszeit und Route um circa 15 Minuten. Mit dem Zug

müsste er dreimal umsteigen: in Landshut, Plattling und Zwiesel. Da käme er mit der Waldbahn in Grafenau an, wenn die Richter schon Feierabend haben.

Im CSU-Kreisvorstand von FRG wurde zudem darauf hingewiesen, dass die CSU eben aus dem Prinzip der Ressortzuständigkeit keine Projekte der Freien Wähler im Landtag torpediert habe: weder gegen Aiwangers Einrichtung der Kompetenzstelle in Waldkirchen noch gegen die Versprechungen des FW-Umweltministers Thorsten Glauber zum 50-jährigen Jubiläum des Nationalparks im letzten Jahr. „Für den Landkreis wäre es hilfreich, wenn die Zusagen endlich eingelöst würden!“

Unerfahrene Neulinge

Die beiden unerfahrenen Neulinge in ihren Ämtern, MdL Eibl und Bürgermeister Mayer, haben laut CSU „mit der völlig unnötig angezettelten Standortdebatte großen Schaden für Niederbayern und den Landkreis angerichtet.“ Streibl hat zuletzt noch eine „Nebelkerze“ geworfen: Die Verlagerung von „Lotto Bayern“ mit 350 Stellen – verteilt nach Freyung und Grafenau! Das war reiner Schmach, der bereits im Koalitionsausschuss übereinstimmend abgelehnt worden war, wie Finanzminister Albert Füracker (CSU) bestätigte. Die in München verteilten Standorte seien erst kürzlich mit hohem technischen Aufwand zusammengelegt worden.

Darum verstärkt sich in der CSU Niederbayerns der Verdacht, dass beide Anfänger der FW bei dem Streit nur parteipolitisch instrumentalisiert wurden. Motto: Wenn Freyung und Grafenau sich streiten, freut sich FW-Parteichef Aiwanger als Dritter in Landshut. Deshalb bleibt das VG vorerst in Regensburg, wo wenigstens Aiwangers Lebensgefährtin Landrätin ist. In FRG hoffen alle Parteien jetzt auf einen neuen Segen von oben. > HANNES BURGER

INFO Historie

Der Konkurrenzkampf und die engstirnigen Neid-Debatten zwischen den drei Städten und drei Märkten des heutigen Landkreises Freyung-Grafenau an der Grenze zum Böhmerwald gehen im Grunde zurück bis auf Zeiten vor der Säkularisation von 1803, als Grafenau noch zum Kurfürstentum Bayern und Freyung wie Waldkirchen zum Fürstbistum Passau gehörten. Der für die wirtschaftliche Entwicklung im Mittelalter sehr wichtige Salzhandel nach Böhmen führte auf bayerischer Seite von der Donau über Grafenau und auf bischöflicher Seite vom Inn herüber Freyung und Waldkirchen an Zielorte jenseits vom Böhmerwald. Die Konkurrenz hatte einen Höhepunkt bei der Gebietsreform 1972 mit der Zusammenlegung der zwei

Landkreise und lebte neu auf, als bei der Auflösung des eigenen Wahlkreises FRG ein Teil des Landkreises mit Regen, der östliche Teil um Waldkirchen mit Passau-Ost zusammengelegt wurden. Beide Wahlkreise, die den Landkreis durchschneiden, entsenden derzeit sieben Abgeordnete in den Landtag – mehr als je zuvor. Würden diese „glorreichen Sieben“ gemeinsam eine Lanze für die Region brechen, wären sie eine „Weltmacht“ wie die berühmten Sieben Schwaben. Aber nachdem der emotionale Krieg um die Schließung des Krankenhauses Waldkirchen endlich befriedet ist, wurde mit der Blockade des VG in Freyung ein neuer erbitterter „Bauernkrieg“ entfacht. > HB

kreis als Erfolg präsentieren, um endlich ein Direktmandat zu gewinnen.

Die Freien Wähler sind „nur“ strikt dagegen, dass die CSU Behördenverlagerungen nach parteipolitischen Kriterien vornimmt. Laut Fraktionschef Florian Streibl hätten die FW daher auf Vorschlag des FW-Abgeordneten Manfred Eibl aus Perlesreut (FRG) auch ei-

Landkreis FRG nur die Kreisstadt Freyung ausnehmen, wird in keiner Stellungnahme gesagt. Dort regiert aber zufällig mit Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich ein CSU-Bürgermeister. Dort wäre wohl das VG reine Parteipolitik?

Für die Ablehnung Freyungs hat Aiwanger im Koalitionsausschuss nur Argumente für Grafenau vorgebracht. Diese sind leider alle so

getroffen wurde, gab es auch in Grafenau einen CSU-Bürgermeister. Insofern sei auch der Lügenvorwurf Aiwangers an die CSU unerträglich und eines Staatsministers unwürdig.“ Wissenschaftsminister Bernd Sibler fügte hinzu: „Die Blockadehaltung der Freien Wähler führt nun dazu, dass Niederbayern als einziger Regierungsbezirk ohne Ver-